

Erinnern Sie sich noch: Vor einem Monat sagte die Bundesregierung der Fettleibigkeit den Kampf an. Angestoßen wurde die Debatte mal wieder über eine internationale Vergleichs-„Studie“, über die zunächst die Süddeutsche Zeitung berichtete. BILD zog mit den Schlagzeilen nach: „Wir sind die dicksten Europäer“ und [„Wir sind zu fett“](#). Und wie so häufig in einem Land, in dem mit BILD und Glotze regiert wird, hechelte die Politik hektisch der Medienkampagne nach. Seehofer hörte die Signale und zog ein Diätprogramm für die Deutschen aus der Tasche.

Die deutschen Daten für die Vergleichsstudie stammten – na Sie ahnen es schon – natürlich aus dem Gesundheitsmonitor der Bertelsmannstiftung von 2003.

Das [Robert Koch-Institut](#) bezweifelt nun die Vergleichbarkeit der Datensätze und kommt zu ganz anderen Zahlen als die Bertelsmänner. Damit wird das Problem der Dickleibigkeit nicht viel kleiner, aber interessant ist, wie in Deutschland Politik funktioniert. Wolfgang Lieb.

WEB.DE Gesundheit berichtet:

Die Auflistung der International Association for the Study of Obesity (IASO) hatte kürzlich Schlagzeilen gemacht.

Die Autoren hatten einzelne Untersuchungen aus den 25 EU-Ländern ausgewertet, die allerdings zwischen den Jahren 1992 (für Dänemark) und 2006 (für Frankreich) entstanden waren. Zudem waren in einigen Ländern die Menschen gewogen und gemessen worden, in anderen wurden sie nur am Telefon befragt. In dieser Datensammlung hatte die Erhebung von 2002/2003 aus Deutschland den höchsten Anteil Übergewichtiger.

Die Daten für Deutschland, nach denen 75 Prozent der Männer und 59 Prozent der Frauen zu dick sind, beruhen laut RKI auf dem Gesundheitsmonitor der Bertelsmann Stiftung von 2003. Mit der Befragung der 25- bis 69-Jährigen seien im Gegensatz zu vielen anderen Ländern die 18- bis 24-Jährigen ausgeschlossen worden, die seltener Übergewicht haben. Nach einer Telefonumfrage des Robert Koch-Instituts von 2003, bei der Menschen ab 18 Jahren befragt wurden, sind 67 Prozent der Männer und 54 Prozent der Frauen zu dick und damit deutlich weniger als in der IASO-Umfrage. Das RKI verweist zudem auf den Kinder- und Jugendsurvey (KiGGS) der Jahre 2003 bis 2006. Demnach sind 15 Prozent der Jungen und Mädchen von 3 bis 17 Jahren übergewichtig, 6 Prozent davon sogar fettsüchtig. Im Vergleich zu einer Studie von 1985 bis 1999 sei die Zahl der Übergewichtigen um 50 Prozent geklettert, die der Fettsüchtigen hat sich sogar verdoppelt. Soweit der Bericht des Robert-Koch-Instituts in seinem jüngsten Epidemiologischen Bulletin.

Für die NachDenkSeiten sind deutliche Prozentabweichungen weniger interessant und auch die Erleichterung, dass die deutschen nicht die dicksten Europäer sind, hält sich bei uns in Grenzen. Die Werte sind immer noch beängstigend genug.

Was wir für viel beängstigender halten, ist die Art und Weise, wie hier in Deutschland ein politisches Problem inszeniert wird und wie die Politik darauf marionettenhaft reagiert: Es wird eine Studie in die Welt gesetzt, die auf allen Politikfeldern gegenwärtige Bertelsmann Stiftung liefert die Daten, die Presse und vorneweg die BILD-Zeitung starten eine Kampagne und die Politik legt ein aus der Hüfte geschossenes Programm auf.

Das ist im Kleinen – wie bei dem Programm gegen Dickleibigkeit – genauso wie im Großen, etwa bei den „objektiv notwendigen Reformen“ (Schröder). Und fast immer mischt bei der „wissenschaftlichen“ Untermauerung der politischen Entscheidungen die Bertelsmann Stiftung mit.

Warum baute eigentlich die Bundesregierung und die veröffentlichte Meinung blind auf den Gesundheitsmonitor der Bertelsmann Stiftung? Warum fragte die Politik nicht zuerst einmal das bundeseigene Robert Koch-Institut?

Warum nahm der Gesundheitsmonitor der Bertelsmann Stiftung die 18 – 24-jährigen aus und dramatisiert damit die erhobenen Daten?

Auch für diese Studie galt wohl das übliche Bertelsmannsche Prinzip: Man muss die Situation in Deutschland zuspitzen und dramatisieren und mittels einer Studie die veröffentlichte Meinung aufscheuchen, dann hat man die besten Chancen, die eigenen „Reformvorschläge“ der in Panik geratenden Politik unterzujubeln.

Die Methode ist zwar schlicht, aber sie funktioniert – weil es in Deutschland offenbar nicht mehr genügend kritische Widerlager gegen die interessengesteuerten Think-Tanks gibt.